



*westbahn*

WESTbahn Management GmbH  
Europaplatz 3, Stiege 5  
A - 1150 Wien

ÖBB-Infrastruktur AG  
Gesamtvorstand  
Praterstern 3  
1020 Wien

Wien, am 16.10.2015

**Bahnhofsituationen/Überbelastung/Reisequalität/Reisendensicherheit/  
Preisminderung Stationsentgelt etc.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die andauernde Flüchtlingskrise und die damit verbundene äußerst schwierige Situation auf den Bahnhöfen der ÖBB Infrastruktur AG („ÖBB INFRA AG“) – insbesondere auch am Wiener Westbahnhof sowie in Salzburg Hbf – verhindern seit Anfang September 2015 die Nutzbarkeit der Bahnhöfe im entsprechenden Umfang wie auch in den SNNB vorgegeben. Aktuell ist eine Verbesserung der derzeitigen Situation nicht abschätzbar. Vielmehr deutet vieles auf eine Zuspitzung der Situation hin, wie sich am 15.10.2015 in Salzburg zeigte. Gemäß Information unserer Promotionsmitarbeitern und der Crew war der Zustand für übliche Bahnreisende völlig unzumutbar und unbeschreiblich.

Uns ist völlig bewusst, dass alle Vorgaben an den Krisenstab der ÖBB INFRA AG vom BMI sowie Bundes-Koordinationsstellen kommen. Wir sehen auch die für ÖBB INFRA AG als Staatsunternehmen im Bundeseigentum (via Holding) gegebene Notwendigkeit, Vorgaben des BMI, der Polizei, der Flüchtlingskoordination etc., umzusetzen und können nachvollziehen, dass nur bedingt Handlungsmöglichkeiten seitens ÖBB INFRA AG gegeben sind.

Dennoch müssen wir festhalten, dass auf Basis der behördlichen Vorgaben und der Rahmenbedingungen (in Wien und noch kritischer in Salzburg, Transporte über Wien Westbahnhof trotz Unterkunftsknappheit, der Unterkunftsstellung in der Bahnhofgarage als Auffangstätte in Salzburg Hbf,...) seitens der ÖBB INFRA AG die in den SNNB ausgewiesene Leistung im Zusammenhang mit dem Stationsentgelt aber auch anderen Faktoren nur mangelhaft erbracht werden kann. Konkret geht es u.a. um vielfältige Probleme mit Bahnhof-Überlastung, Begrenzung des freien Kundendurchgangs, verstellte

Informationsebenen, Blockade von Flächen bei Informationsaufstellern, unzulängliche Reinigung infolge Dauerbelegung mit Flüchtlingen, fehlende Kunden-Sitzmöglichkeiten, Verschmutzung von Anlagen, Zugang von Flüchtlingen zu Zügen/Bahnsteigen mit Ordnernotwendigkeit WESTbahn, Verhinderung von Promotiontätigkeit.

Insgesamt weisen Wien Westbf und Salzburg Hbf in keiner Weise eine der Bahnhofskategorie 1 entsprechende Qualität und Nutzungsmöglichkeit für die Kunden auf. Zudem wirkt sich die Dauersperre am Bahnsteig 1 in Wien West zu Lasten der betrieblichen Verfügbarkeit des Bahnhofs aus.

Aufgrund der gravierenden Abweichungen die zu massiver Kundenverunsicherung und auch zu deutlichem Kundenrückgang führen, fordert die WESTbahn Management GmbH („WESTbahn“) eine Preisminderung von 100% für die Nutzung der Stationen Wien Westbahnhof und Salzburg Hauptbahnhof ab September 2015 bis zur Wiederherstellung des mangelfreien Bahnhofsbetriebes.

Auf Grund der oben angeführten Einschränkungen sehen wir uns gezwungen, das Stationsentgelt für die betroffenen Bahnhöfe Wien West und Salzburg Hauptbahnhof bis auf weiteres einzubehalten. Ich ersuche sie um Verständnis für diese Maßnahme. Gerne unterstützen wir die ÖBB INFRA AG bei dem Bemühen Ausgleichsleistungen für die Beeinträchtigung durch Behördenvorgaben als Ersatz für das reduzierte Entgelt zu erhalten, müssen jedoch den Ausgleich für die Einschränkungen sofort verlangen. Wir bitten um Bestätigung der Umsetzung für Wien West und Salzburg Hbf.

Nicht zuletzt durch die fehlende Vermeidung von Extrembelastungen von Bahnhöfen (15.10.2015 – weiter Zufahrt mit Sonderzügen nach Salzburg Hbf trotz Überlastung) wurden immer wieder ORF und Print-Medienberichte über katastrophale Bahnhofszustände verursacht, die dem System Bahn und damit der Passagiernachfrage massiv schaden. Dies führte zuletzt zum Ausfall von 15-20% Nachfrage. Wir fordern daher auch das generelle Benützungsentgelt ab September 2015 um 20% zu reduzieren und bitten um einen Vorschlag.

Wir möchten abschließend nochmals klarstellen, dass uns bewusst ist, dass die ÖBB INFRA AG im Zusammenhang mit Leistungen für die Organisation von Unterbringung und Transport von Flüchtlingen im Auftrag anderer Behörden agiert und nicht selbst in der Lage ist bestimmte Entwicklungen zu ändern. Es ist uns auch bewusst, dass die ÖBB INFRA AG selbst mit ihren Mitarbeitern bei den gegebenen Bedingungen das Machbare tut und dafür danken wir auch. Dennoch ersuchen wir um Verständnis für die oben angeführten Maßnahmen.

Wir möchten gleichzeitig auch anregen, bestimmte Maßnahmen zu setzen, um die Bahnhofnutzung für die Bahn-Regelkundschaft zu verbessern. So zum Beispiel führen die jeweiligen Tagesräumungen des „blauen Hauses“ angrenzend an den Wiener Westbahnhof

zur Verdrängung der Flüchtlinge in die Bahnhofshalle. In dieser erfolgen keinerlei Maßnahmen zur Freihaltung bestimmter Zonen für die Reisenden

Die Querbahnsteige (die früher wegen Behinderung sogar von einzelnen Promotoren konsequent freigehalten wurden) werden derzeit nicht annähernd entsprechend freigehalten, sodass der Reisendenstrom massiv behindert wird. Dies ist insbesondere bei der Ankunft bzw. der Abfahrt von Zügen problematisch, da hier auch die Fluchtwege nicht freigehalten werden. Wir haben eine umfassende Fotodokumentation über die Probleme, falls dies bei der Lösungsfindung hilft.

Die Lage am Bahnhof Salzburg ist zum Teil noch dramatischer. Hier bedarf es klarer Räumungsplanungen ab einer bestimmten Auslastung. Der Schutz der Rechte und Interessen von Flüchtlingen ist im höchsten Maße schützenswert, jedoch besteht auch eine Verpflichtung – nicht nur der öffentlichen Hand – sondern auch des Infrastrukturbetreibers, insbesondere Bahnhöfe als strategisch besonders hochwertige Strukturen zu schützen und die Nutzung für die Öffentlichkeit zu gewährleisten.

Ein Transport wie zuletzt wieder am 15.10.2015, der neue Flüchtlingsströme bei bereits extremer Überfüllung des Bahnhofes zugeführt hat, muss seitens ÖBB INFRA AG ausnahmslos unterbunden werden. Dies um einerseits die Transportmöglichkeiten uneingeschränkt für den Regel-Bahnverkehr inklusive voller Bahnhofszugänglichkeit zu sichern, andererseits aus Sicherheitsgründen.

Wir bitten hier um klare Aussagen, wie hier weiter vorgegangen wird, um unsere Geschäftsinteressen nicht noch massiver zu stören.

Sollte die Bereinigung nicht rasch erfolgen, müssen wir um generelle Aussetzung der IBE Vorschreibung – auch rückwirkend – auffordern. Wir sehen insbesondere erhöhte nicht akzeptable Sicherheitsrisiken für unsere Kunden, wenn die Überlastung bestimmter Infrastrukturen nicht vermieden wird, da wir für unsere Kunden Verantwortung haben. Da das Risiko der fast völligen Unterbrechung des Zugangs nach Deutschland für Flüchtlinge besteht, müssen wir um die Einstellung der Zubringung nach Salzburg mit Sondertransporten bitten.

Danke für eine rasche Berücksichtigung und Bestätigung der Annahme der Reduktion der IBE Anteile.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Erich Forster

CEO WESTbahn Management GmbH